

Zusammenfassung

Worum geht es

Ronen Steinke, Jurist und Journalist, unternimmt in diesem Sachbuch eine kritische Bestandsaufnahme der deutschen Strafjustiz. Sein Ausgangspunkt: Das Versprechen, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind – aus Artikel 3 Abs. 1 des Grundgesetzes – wird in der Praxis nicht eingelöst. (Piper Verlag)

Steinke spricht von einer „Klassenjustiz“ – und präzisiert, warum Menschen mit weniger Einkommen, prekärer sozialer Lage oder ohne ausreichende Mittelausstattung deutlich benachteiligt werden. ([LTO](#))

Zentrale Befunde & Beispiele

Hier sind die wichtigsten Beobachtungen, die Steinke darstellt:

1. Ungleichheit bei der Verteidigung

Wer viel Geld hat, kann sich gute Anwältinnen leisten, die Zeit investieren und Rechtsargumente ausarbeiten. Wer arm ist, ist oft auf Pflichtverteidigerinnen oder ganz ohne Rechtsbeistand angewiesen. Daraus resultieren schlechtere Chancen, milder beurteilt zu werden.

2. Strafbefehl und Schriftverkehr statt Gerichtsverhandlung

Gerade bei kleineren Delikten wird nicht mehr verhandelt, sondern über Schriftverkehr (Strafbefehl) entschieden. Menschen, die z. B. nicht gut Deutsch sprechen, die Leseprobleme haben oder sich keinen Rechtsbeistand leisten können, sind dadurch besonders gefährdet. Ein solcher Prozess ist oft schneller und weniger transparent – und benachteiligt schwächere Beteiligte stark. (vhsol.de)

3. Ersatzfreiheitsstrafe bei Zahlungsunfähigkeit

Viele Menschen sitzen im Gefängnis **nicht** weil ihre Tat besonders schwer war, sondern weil sie eine Geldstrafe nicht zahlen können. Die Ersatzfreiheitsstrafe trifft disproportioniert arme Menschen – etwa bei kleinen Beträgen. Steinke zeigt auf, wie häufig diese Fälle sind und wie stark sich diese Praxis in den letzten Jahren verstärkt hat.

4. Härtere Folgen bei sogenannten Bagatelldelikten vs. milde Behandlung von Wirtschaftsdelikten

Ein Vergleich: Wer etwas Kleines stiehlt (z. B. ein Brot oder Speiseeis) kann sehr hart bestraft werden; Strafbefehle, Ersatzfreiheitsstrafe und volle Anwendung des Strafrahmens. Gleichzeitig werden große Wirtschaftsdelikte häufig eingestellt

oder führen zu milden Strafen. Steinke stellt heraus, dass Menschen, die aus Not handeln, oft härter dran sind als solche mit Macht oder Vermögen.

5. Soziale Situation und Milde der Justiz

Neben formalen Rechtsmitteln spielen auch Faktoren wie Sprache, Wohnsituation, Obdachlosigkeit, Abhängigkeit (z. B. Drogenabhängigkeit), Bildung, psychische Gesundheit eine Rolle. Wer diese Belastungen trägt, hat weniger Ressourcen, um sein Recht wahrzunehmen – und wird häufiger von der Justiz "abgeholt", oft ohne Mitgefühl oder Berücksichtigung individueller Lebenslage. ([Europa-Universität Viadrina](#))

Kritik und Grenzen

Steinke liefert eine eindrucksvolle Beschreibung der Probleme. Aber wie verschiedene Rezensionen betonen, gibt es auch kritische Punkte:

- Manche Rezessenten bemängeln, dass ein historischer Vergleich fehlt: Wie war es früher? Gibt es strukturelle Kontinuitäten oder Brüche? Was ist neu an der „Klassenjustiz“?
 - Die vorgeschlagenen Lösungen sind teils eher auf Justizpolitik fokussiert – z. B. Reformen bei der Ersatzfreiheitsstrafe, bessere Ausstattung der Gerichte und Pflichtverteidiger*innen – aber Steinke geht nicht so tief auf mögliche Ursachen wie gesellschaftliche Ungleichheit insgesamt, Bildungsungleichheit, Armutspolitik etc. ein.

Forderungen / Vorschläge

Steinke nennt konkrete Bereiche, in denen seiner Ansicht nach Reformen nötig sind:

- Ein anderes Vorgehen bei Geldstrafen und Ersatzfreiheitsstrafe – etwa Umrechnungssysteme, die Menschen mit geringem Einkommen nicht unverhältnismäßig bestrafen. ([Wikipedia](#))
 - Bessere Zugänglichkeit zu Rechtsbeistand, mehr Ressourcen für Pflichtverteidigung.
 - Mehr Transparenz und persönliche Verhandlung statt automatisierter Verfahren per Schrift.
 - Generell eine stärkere Sensibilisierung dafür, wie Rechtspolitik soziale Gerechtigkeit beeinflusst.

Bedeutung & Wirkung

- Das Buch hat eine Debatte in Deutschland ausgelöst, insbesondere über die Ersatzfreiheitsstrafe für Zahlungsunfähige.
- Es zeigt, wie Recht und Justiz nicht bloß abstrakte Institutionen, sondern Teil sozialer Machtverhältnisse sind. Wer arm ist, hat mehr Nachteile – nicht nur in der Wirtschaft, nicht nur in der Bildung, sondern auch vor Gericht.